

Alex Demirovic

---

## Die politische Metapher »links« und die politischen Orientierungen von Studierenden

Die Hochschulen sind in einer bedenklichen Situation, es wird davon gesprochen, daß sie verrotten. Die scherenartige Entwicklung, die sich seit Mitte der 70er Jahre in der Hochschulpolitik abzeichnet, verschärft sich. Das Verhältnis zwischen der Zahl der HochschullehrerInnen und der der Studierenden wird immer ungünstiger. Offen oder informell findet eine Reorganisation der Hochschulen zu regionalen Verbundhochschulen statt, die langfristig nicht mehr in der Lage sein werden, die Breite akademischer Disziplinen zu vertreten. Gleichzeitig reagieren die Fachgebiete mit einer professionalistischen Einengung. Drastische Einsparungen, die das Lehrangebot, die Ausbildung des akademischen Nachwuchses, die Forschung, die technische wie wissenschaftliche Infrastruktur treffen, führen zwangsläufig zu einer Senkung der wissenschaftlichen Standards. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes verschärft nicht nur die Konkurrenz unter den Studierenden, sondern nötigt viele dazu, länger als nötig an den Hochschulen zu verweilen. Trotz aller rhetorischen Angriffe auf die zu lange Studiendauer als eine der Ursachen für die Hochschulmisere übernehmen die Hochschulen de facto die Funktion des Arbeitsmarktpuffers. Vielen Studierenden wird institutionell eine Vergeudung ihrer Lebenszeit zugemutet. Ihr Wissen, ihre Kompetenz und ihre Lebensperspektiven werden moralisch entwertet und vernichtet. Trotzdem kommt es kaum zu relevanten Protesten von seiten der Studierenden. Dies legt die Frage nahe, wie sie sich politisch orientieren. Die Antwort auf diese Frage möchte ich hier mit einer weitergehenden Frage nach der Bedeutung und Gültigkeit der politischen Metaphorik der Links-rechts-Dichotomie verbinden. Dabei stütze ich mich auf Ergebnisse einer von Gerd Paul und mir am Institut für Sozialforschung durchgeführten Erhebung unter Studierenden an hessischen Hochschulen (Demirovic/Paul 1996)<sup>1</sup>. Diese Studie hat sich vor allem auf die Frage konzentriert, wieweit unter Studierenden rechte Ideologeme verbreitet sind. Doch lassen sich aus den Antworten auch Schlüsse auf die Verbreitung und Kohärenz linker Orientierungen ziehen.

---

1 Standardisiert befragt wurden im Sommersemester 1994 1.384 Studierende an hessischen Hochschulen, außerdem wurden zahlreiche offene Interviews und Gruppengespräche geführt.

## 1. Ist die Links-rechts-Topik noch brauchbar?

Wenn Studierende in den vergangenen Jahrzehnten, vor allem seit Mitte der 60er Jahre politisch aktiv waren, dann war eine der zentralen Handlungskategorien in ihrem Selbstverständnis, links oder links-alternativ zu sein. Damit verband sich die Vorstellung, mit dem hochschulpolitischen Engagement nicht nur zur Verteidigung der Demokratie in der bundesdeutschen Gesellschaft, sondern auch zur Reform demokratischer Institutionen und zu einer weitreichenden Veränderung der bundesdeutschen Gesellschaft beizutragen. Selbst wenn die Mehrheit der protestierenden Studierenden von '68 viele der Ziele des SDS nicht teilte (Wildenmann/Kaase 1968), so wurde das demokratische Selbstverständnis vieler der Studierenden der 60er und 70er Jahre doch linkssozialistisch artikuliert, die Hochschulen waren die Basis der Neuen und undogmatischen Linken (Demirovic 1991). Ende der 70er Jahre wurde vermutet, daß knapp die Hälfte der Studierenden aufgrund ihrer links-alternativen Orientierung sich vom politischen System der Bundesrepublik abkehren könnte (Krause u.a. 1980). In den vergangenen Jahren wird allerdings eher eine zunehmende Resignation und Entpolitisierung sowie eine Distanz zur Politik und den Parteien beobachtet (Brämer 1993, Bargel 1994). Doch ist das öffentliche Bild der Hochschulen und das Selbstverständnis der Studierenden immer noch von den historischen Konstellationen geprägt.

Die Mehrheit der Studierenden hält sich weiterhin für links. Nach ihrem politischen Standort auf der Links-rechts-Achse im Vergleich zur Bevölkerung befragt, geben 61% an, sich links von der Mitte zu sehen; 37% wählen Werte (1 und 2 auf einer 7stufigen Skala), die es erlauben, sie als deutlich links einzustufen. Lediglich 18% sehen sich rechts von der Mitte. Die Mitte selbst wird von 14% gewählt, weitere 8% geben an, sich nicht einordnen zu können. Der Mittelwert liegt bei 3,1 und damit links von der rechnerischen Mitte 4,0. Mit diesen Werten, die ähnlich auch in anderen Untersuchungen festgestellt werden (vgl. Bargel 1994), unterscheiden sich die Studierenden von ihren nicht studierenden Altersgenossen. So ergibt die Befragung des Deutschen Jugendinstituts, daß sich gut ein Drittel der westdeutschen Jugendlichen links einstuft (Hoffmann-Lange 1994, 167ff).<sup>2</sup> Die Mitte wird von 45% gewählt, und weitere 20% halten sich für rechts. Der Mittelwert beträgt auf einer zehnstufigen Skala 5,1 und liegt also gleichfalls links von der rechnerischen Mitte (= 5,5). Die Jugendlichen im allgemeinen unterscheiden sich damit von der westdeutschen Gesamtbevölkerung, die sich rechts von der Skalenmitte sieht.

2 Der Vergleich ist nicht im strengen Sinn möglich, da die Frage wie das Skalenformat voneinander abweichen.

Doch was sagen diese Werte aus, und welche handlungsmotivierende Bedeutung kommt der metaphorischen Verwendung der Links-rechts-Symbolik zu? Die Metapher links ist semantisch keineswegs neutral, sondern hat sich im Laufe des historischen Prozesses mit zahlreichen Bedeutungen angereichert. Mit links verbindet sich die sozialrevolutionäre Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Forderung nach dem Bruch mit aller bisherigen Geschichte als einer Geschichte von Klassenherrschaft.

»Genug vom Gesetz aus Adams Zeiten,  
Gaul Geschichte, du hinkst ...  
Wollen die Schindmähre zu Schanden reiten.  
Links!  
Links!  
Links!« (Majakowski)

Angesichts der tiefen historischen Brüche, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten abzeichnen (vgl. Hobsbawm 1995), erscheinen in der Diskussion diese tradierten Bedeutungsschichten von links selbst noch als Teil des Gesetzes aus Adams Zeiten, das die Möglichkeit einer nüchternen kritischen Politik mit dem Alp der vergangenen Geschlechter belastet, als ein historisches Kostüm, unangemessen dem gegenwärtigen Stand sozialer Konfliktlagen und deswegen abzulegen - links hinkt. Deswegen wird in durchaus emanzipatorischer Absicht gegen die weitere Verwendung der Metapher links argumentiert.

Der Argumentation von Jürgen Link zufolge handelt es sich bei der Links-rechts-Topik um ein symbolisches Dispositiv, durch das es möglich ist, eine bestimmte Form von Hegemonie auszuüben, die er im Anschluß an Foucault als Normalismus bezeichnet. Charakteristisch für den Normalismus ist es, unterschiedliche Praktiken in ein quantitatives Kontinuum zu transformieren. Politisch differente Positionen werden mittels der Links-rechts-Topik auf einer kontinuierlichen Achse angesiedelt und statistisch erfaßbar gemacht. Mit der Bestimmung von statistischen Verteilungen lassen sich Normalität und Abweichung festlegen. Charakteristisch für den Normalismus ist das Modell der symbolischen Gleichgewichts-Waage. Es kennt keine Diskontinuität mehr. Normalität ergibt sich statistisch einfach aus der Normalverteilung auf der Links-rechts-Achse. Dort, wo sich auf der Achse die größte Zahl findet, ist die positiv bewertete Mitte. Links und rechts sind Abweichungen, Ränder des politischen Spektrums, die sich zwangsläufig aus der statistischen Verteilung von der Mitte her ergeben, also relationale Begriffe mit ausschließlich statistischer und keiner genuin politischen Bedeutung. Die Metaphern links und rechts verkörpern die an die Ränder der Normalverteilung gedrängte Diskontinuität der symbolischen Anordnung des Politischen. Während die oben festgestellte Links-rechts-Verteilung in der Gesamtbevölkerung diesem Modell entspricht, kann die Verteilung der Studierenden nach Link mit dem Modell des sym-

bolischen Bürgerkriegs charakterisiert werden. In diesem Fall der Umkehrung der Gausschen Glockenkurve ist die Mitte quantitativ schwach besetzt und bezeichnet das Moment der Diskontinuität, die Extreme können ins Unendliche zunehmen. Die Mitte stellt das axiologische Minimum dar, links und rechts stehen sich unversöhnlich gegenüber (Link 1991, 19ff). Normalistisch sind beide Modelle. Ersteres, weil es dazu nötig ist, sich politisch in der Mitte oder in ihrer Nähe zu bewegen, letzteres, weil es den Übergang von links nach rechts oder umgekehrt nur als Diskontinuität und Verrat kennt. Das Modell des symbolischen Bürgerkriegs führt zu einer polizeilichen Logik der Ab- und Ausgrenzung und ist dem politischen Versuch, Individuen für eine konkrete emanzipatorische Politik zu gewinnen, eher hinderlich. Denn eine die Subjekte verknüpfende Politik wird in diesem Modell erst möglich, wenn es zum Bekenntnis zu einer linken Identität kommt. Insgesamt also haben, so scheint es, die politischen Metaphern rechts und links, die nur statistische Relationen bezeichnen, keine stabilen Bedeutungen. Ihre normalisierende Funktion erfüllen sie gerade dadurch, daß sie auf der Links-rechts-Achse als Ergebnis der statistischen Normalverteilung beliebig hin und her gleiten und alle Bedeutungen entlang einer einzigen Dimension homogenisieren.

Der relationale Charakter der Links-rechts-Topik bindet die Subjekte also an bestimmte Sprecherpositionen, die sie in einen deutlichen Gegensatz zu anderen bringen, ohne daß jedoch diesem symbolischen Gegensatz irgendein soziales Verhältnis zugrunde läge. Ein Anhaltspunkt für eine solche ausschließlich relationale Bedeutung ergibt sich aus den Antworten auf eine weitere in unserer Erhebung gestellte Frage nach der Selbstzuordnung auf der Links-rechts-Achse, und zwar nun im Vergleich zu den Kommilitonen. Die statistische Mitte verschiebt sich von 3,1 auf 3,6 und damit nach rechts. Der Anteil derjenigen, die sich als links von der Mitte betrachten, sinkt von 61% auf 38%, derjenigen, die sich als deutlich links sehen, von 37% auf 19%. Während die Zahl der rechts von der Mitte Stehenden fast gleich bleibt (ihr Anteil wächst von 18% auf 20%), nimmt die Mitte um 8 Prozentpunkte von 14% auf 22% zu.

»Rechts und links ist schwierig. Also an der Hochschule schwimmt das völlig. Bei Bündnis 90/Die Grünen und den Jusos ist es noch einsehbar, daß die natürlich links sind, aber bei den anderen Gruppierungen ist es schwierig, grundsätzlich, dann schwimmt an der Uni sowieso alles. Ich glaube, dieses ganze Spektrum wandert sowieso ein bißchen mehr nach links. Insofern sind die Jusos, beispielsweise bei den Politologen, schon fast bürgerliche Verräter, während sie draußen, wenn wir gegen Kanther demonstrieren und von der Polizei niedergewalzt werden, sind wir eher die linken Gewalttäter. Das verschiebt sich an der Uni auch, und ich glaube grundsätzlich, hier an der Uni trifft das nicht zu, diese Links-rechts-Bestimmung.« (Interview F1.3, Mitglied der Juso-Hochschulgruppe Frankfurt, S. 20)

Solche Verschiebungen auf der Links-rechts-Achse legen nahe, daß links und rechts kaum oder nur gering mit inhaltlichen Festlegungen verknüpft

sind. Während Link, der vermutet, daß das symbolische Dispositiv der Links-rechts-Achse nach wie vor dominant ist und sogar in die neuen Demokratien Osteuropas exportiert wird, fordert, gegen es Politik zu machen, um es zu unterlaufen, vertreten andere Autoren die Ansicht, es hätte seine symbolische Wirkungsmächtigkeit schon längst verloren. Das Rechts-links-Schema sei aufgeweicht, links könne als anachronistisch gelten, weil es sich nicht mehr mit der Dynamik gesellschaftlicher und politischer Prozesse verknüpfe und keine Spaltungslinien der Gesellschaft mehr bezeichne. Aufgrund der Globalisierung der Weltwirtschaft und neuer Formen der internationalen Arbeitsteilung hätten sich neue strukturelle Ungleichheitsmuster herausgebildet (Ziebura 1996, 85f).<sup>3</sup>

Davon, daß das Links-rechts-Schema historisch ohnehin überholt sei, spricht auch Ulrich Beck. Die Rechts-links-Ordnung des Politischen sei an der globalen Risikogesellschaft zerbrochen, die die Moderne in jeder Hinsicht, selbst noch in ihrer Modernität modernisiert. Sicherheit und Kontrolle, Muster der Politik der Industriemoderne, lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. Doch was zunächst wie eine empirische Feststellung klingt, erweist sich bei näherer Betrachtung als eine politische Forderung. Beck ist der Ansicht, daß es notwendig sei, den Links-rechts-Binarismus zu überwinden.

»Nur wenn es gelingt, das Links-Rechts-Monopol des Politischen, das mit der Französischen Revolution erfunden wurde und mit der Industriemoderne seinen Siegeszug angetreten hat, durch Alternativen aufzubrechen, können die politischen Spannungen der reflexiven Moderne, die schon hinter den eingeschliffenen Altgegensätzen rumoren, begriffen werden.« (Beck 1993, 85)

Nach Beck hat der Links-rechts-Binarismus also weiterhin eine bedeutsame symbolische Macht, insofern er immer wieder von neuem überholte Konfliktlinien in das Feld des Politischen zieht und zu einer systematischen Verkennung solcher Konfliktachsen wie sicher-unsicher, politisch-unpolitisch, innen-außen beiträgt und den Umgang mit Ungewißheit, mit der Gestaltbarkeit der Gesellschaft und dem Fremden verunmöglicht. Tatsächlich ist seine Argumentation im traditionellen Sinn ideologiekritisch. Diejenigen, die die politische Metaphorik von links und rechts verwenden, tun dies nicht mehr mit historischer Rationalität. Denn die industriegesell-

---

3 Der Rechts-Links-Gegensatz hat zu keinem Zeitpunkt einfach eine objektive Spaltungslinie der Gesellschaft linear symbolisch repräsentiert, sondern unterschiedliche Konfliktlinien zu einer symbolischen Einheit und Gegensätzlichkeit verdichtet. Deswegen ist die Äußerung Zieburas, daß Gegenpositionen, die sich in ausgegrenzten Segmenten der Gesellschaft ansiedeln, wegen ihrer Heterogenität kein glaubwürdiges Gegenprojekt ergeben könnten, wenig plausibel. Heterogenität war und ist gerade die Grundlage von Politik und Verallgemeinerung, die die Metapher links herstellt. Die Frage ist jedoch erstens, ob links eine Metapher ist, die heute noch heterogene Lagen verallgemeinern kann und zweitens, ob heute überhaupt noch politische Verallgemeinerung möglich ist. Für eine positive Antwort auf beide Fragen lassen sich Argumente vorbringen.

schaftliche Parteienlandschaft erodiere bis in ihre Tiefenschichten. Die Suche nach Halt lasse die Menschen die Links-rechts-Ordnung restaurieren, so wie sie auch in den Nationalismus flüchteten (ebd., 230). Diese Kritik läuft auf eine am falschen Bewußtsein hinaus; immerhin hätten aus dieser Sicht gut 90% der von uns befragten Studierenden ein grundlegend falsches Verständnis ihres Verhältnis zur gesellschaftlichen Situation, insofern sie bereit sind, eine Position auf der Links-rechts-Achse anzugeben.

Theoretisch ist der Sachverhalt aus dreierlei Gründen komplizierter. Beck interpretiert die Verwendungweise der Links-rechts-Topik ausschließlich modernisierungstheoretisch, nämlich als Reaktion auf die durch Modernisierung erzeugte Anomie und die Suche nach entschwundener Sicherheit. Danach sind die Menschen einfach nicht modern genug. Die Möglichkeit, daß es sich um einen Verlust der Hegemonie von links handelt - also um eine Veränderung des politischen Kräftegleichgewichts, wie es im Streben der Grünen zur mittleren Mitte oder in der Desartikulation von ökologischer Krisenwahrnehmung und Kritik am naturwüchsigen Zwang zur Kapitalakkumulation zum Ausdruck kommt - wird von ihm argumentativ nicht verfolgt. Dies würde bedeuten, daß in einer Übergangsphase Unsicherheit über die Pertinenz der Links-rechts-Symbolik entsteht und auch erzeugt wird, um die verdichtende Bedeutung von links zu zerstören und das politische Feld von der Mitte und der Rechten her neu zu konstruieren. Nicht die Links-rechts-Topik ist also obsolet, sondern eine bestimmte Verknüpfung von handlungsorientierenden Elementen.

Zweitens lassen sich Argumente dafür vorbringen, daß links auch weiterhin handlungsorientierend sein könnte und sollte. Norberto Bobbio verteidigt links und indirekt den Handlungshorizont der Französischen Revolution, insofern damit Gleichheit und Freiheit gemeint sind, deren Realisierung weiterhin aussteht (Bobbio 1994). Anthony Giddens, der auf der Grundlage einer durch reflexive Modernisierung erzeugten Ungewißheit gleichfalls nahelegt, daß radikale und emanzipatorische Politik jenseits der Unterscheidung von links und rechts anzusetzen hätte, konzediert, daß diese symbolische Ordnung des politischen Feldes weiterhin Gültigkeit hat. »But does the distinction between left and right retain any core meaning when taken out of the mundane environment of orthodox politics? It does, but only on a very general plane« (Giddens 1995, 251). Auch Helmut Dubiel (1995), der sich wie Beck und Giddens auf das Konzept der Ungewißheit bezieht, läßt durch seine Argumentation erkennen, daß die Anerkennung der Ungewißheit der reflexiven Moderne selbst noch wenig über das politische Verhältnis der Ungewißheit gegenüber aussagt. Ist sie ein antimetaphysisches Prinzip oder ein affirmativer Modus der Lebensführung, sich auf den GAU oder den statistisch nicht unwahrscheinlichen Autounfall einzustellen? Dubiel jedenfalls vertritt die Ansicht, daß links neu zu

definieren sei durch die Forderung nach einem demokratischen Umgang mit Ungewißheit. Damit wird der materiale Gehalt der Unterscheidung von links und rechts zwar neu definiert, aber der Code selbst wird in der traditionellen auf Verteilungsgerechtigkeit bezogenen Form beibehalten, denn links wird durch den Begriff der Gleichheit definiert: wenn Ungewißheit besteht, soll sie für alle gleichermaßen gelten, Sicherheit kein Privileg weniger sein.

Wird drittens berücksichtigt, daß die politische Metapher links mit der Tradition der Marx'schen und kritischen Theorie verknüpft ist, dann lassen sich Bedeutungsschichten feststellen, die erkennen lassen, daß die Achsen, die Beck als Alternative zur Links-rechts-Achse präsentiert, keineswegs neu sind. Schon Marx kritisierte den spezifischen Handlungshorizont der Französischen Revolution und die mit ihr verbundene Logik des Politischen, nämlich die Logik der idealisierenden Verallgemeinerung der Lebensform einer Klasse zur Lebensform aller Individuen, und forderte, die Beschränktheiten einer bloß politischen Emanzipation, also die Verwirklichung von Gleichheit, Freiheit und Sicherheit, historisch zu überwinden. Das Politische erschien ihm als die Fortsetzung der religiösen Verhältnisse der Feudalität unter modernen Verhältnissen. Wie in der Religion durch Gott, würden sich die Menschen unter modernen Verhältnissen immer noch durch ein Drittes vermitteln, den Staat, die Ware oder das Geld. Ihr gesellschaftliches Verhältnis würde sich transsubstantiieren gleich dem heiligen Geist, der sich in einem partikularen Individuum, Jesus, verkörpert. Marx argumentierte also nicht nur für die radikale Immanenz, die Einsicht, daß die Menschen für ihr Handeln, ohne transzendente Gewißheit und ohne letztes Ziel, immer selbst verantwortlich sind. Er forderte auch noch die Überwindung der Logik des Politischen wie die Beschränktheit der Verhältnisse, unter denen die Menschen in die Schranken ihrer Klasse verwiesen sind, in denen sie bestenfalls hoffen können, als allgemein Gleiche anerkannt zu werden, aber nicht, als Individuen mit allen anderen Individuen gesellschaftlich zu kooperieren und einander nicht länger als Fremde entgegenzutreten. Die Ermöglichung der unbeschwertem individuellen Differenz als eine Form positiver Freiheit, in der die Freiheit der einzelnen die Freiheit aller anderen vergrößern würde, gilt als Ziel. Links wird verstanden - ganz im Sinne Majakowskis - als der eigentliche Fortschritt in der Geschichte, die noch keinen Fortschritt kannte (Adorno 1977) - als Übergang von der naturwüchsigen zur menschlich gestalteten Geschichte.

Die Metapher links steht im Spannungsverhältnis von Gleichheit und Differenz, sie stellt eine Kritik an der Kontinuität der Geschichte dar, sie bezeichnet emanzipatorische Politik ebenso wie die Kritik der Politik. Links ist selbst mehrdimensional zu verstehen ist und zeigt ein Bündel von politi-

schen Orientierungen an. Es mag für die Meinungsforschung ein empirisches Problem sein, daß die Metaphern links und rechts sehr Unterschiedliches messen (Falter/Schumann 1992), doch kann dies auch so interpretiert werden, daß sie weiterhin eine bedeutsame politisch-symbolische Praxis bezeichnen. Würde links eindeutig werden, nämlich nur ein einziges Bedeutungselement repräsentieren, wäre es genaugenommen überflüssig.

## 2. Linke Artikulationen

Die Topik von links und rechts ist nicht nur in einem statistischen Sinne relational, sondern auch in einem politischen. Sie markiert einen politischen Gegensatz. Wie immer im Fall solcher Gegensätze handelt es sich nicht um substantielle, sondern allein um diffentielle Oppositionen, die durch die Verknüpfung von Bedeutungselementen einen Gegensatz konstruieren (Laclau 1981). Dieser Bedeutungsprozeß unterliegt keiner logischen Notwendigkeit, gleichwohl ist er auch nicht willkürlich. Als konventioneller und historischer Prozeß der Auseinandersetzung zwischen großen sozialen Kollektiven und ihren Interessen trägt er zur Herausbildung gesellschaftlicher Macht bei, der sich die sozialen Akteure nicht entziehen können. Bei links und rechts handelt es sich um ein objektives diskursives Verhältnis, das die SprecherInnenposition deutlich markiert. Auf die Frage, was die Studierenden unter links und rechts verstehen, sind die häufigsten Bestimmungen für

- links: sozial (19% der Angaben zu links), ökologisch (11%), SPD (9%), sozialistisch (9%), kommunistisch (9%), Weltoffenheit (8%), liberal, individuell (8%), Grüne (7%), progressiv (5%), gewerkschaftsnah (5%);
- rechts: konservativ (24% der Angaben zu rechts), Vertretung der Besitzenden (11%), nationalistisch (10%), CDU/CSU (9%), rechtsextrem (7%), traditionsorientiert (7%), REPs (6%), Ausländerhaß (5%), Machtorientierung (5%), Starrheit (4%).

Diese Bestimmungen zeigen, daß die Semantik von links und rechts relativ konventionell ist und eine deutliche Polarisierung anzeigt. Der sozialen, fortschrittlichen, ökologischen, weltoffenen Position auf der Linken wird die konservative, traditionalistische, besitz- und machtorientierte sowie nationalistische und fremdenfeindliche Position auf der Rechten gegenübergestellt. Der konventionelle Gegensatz wird vor allem durch den linken Wertakzent, den die Ökologie erhält, erweitert.

Die nähere Betrachtung zeigt, daß die konventionelle Semantik aber ihrerseits von der politischen Position überdeterminiert ist. Für die Linken und die Rechten hat links jeweils etwas unterschiedliche Bedeutungsakzente. Nennen die Linken am häufigsten: sozial, ökologisch, weltoffen, liberal, so wird von der Gruppe mit einer Position der rechten Mitte links eher be-

stimmt durch SPD, sozial, sozialistisch und kommunistisch. Während die Linken sich also durch einen Habitus beschreiben, der erst in zweiter Linie an eine politische Richtung gebunden ist, bestimmen ihrem Selbstverständnis nach rechtsorientierten Personen links eher durch eindeutige politische Präferenzen und Organisationen. Hierbei spielt die Ökologie nur eine untergeordnete Rolle.

Links gibt also - wie die Gegensätzlichkeit der Bedeutungen zeigt - zunächst einen deutlichen Hinweis auf die Ablehnung von rechten Ideologemen. Als charakteristisch für rechte Ideologeme können - im Anschluß an die Rechtsextremismuskussion (vgl. Stöss 1989) - die Ablehnung von demokratischen Verfahrensregeln, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit gelten. Die Tabelle 1 gibt Aufschluß über die Verteilung der Antworten auf Vorgaben in diesen drei Dimensionen. Die Antworten auf diese Vorgaben bilden einen faktoranalytisch nachweisbaren Zusammenhang. Die politischen Selbstbeschreibungen der Befragten als links oder rechts sind relativ eng mit ihren jeweiligen Orientierungen in den einzelnen Dimensionen verknüpft.

Die Antworten auf die auf *Nationalismus* zielenden Vorgaben zeigen, daß die häufig geäußerte Vermutung, auch unter Linken sei der Nationalismus verbreitet, zumindest unter Studierenden nur eine geringe empirische Evidenz hat. Von den Linken (n=471) lehnen 87% die Vorgaben sehr deutlich (67%) und deutlich (20%) ab, nur fünf% stimmen ihnen zu. Auch in der linken Mitte (n=312) ist der Anteil der Ablehnenden mit 78% sehr hoch. Demgegenüber lehnen nur 17% der Rechten (n=48) die Vorgaben ab, während sich 52% zustimmend äußern und als nationalistisch orientiert gelten können.

Für die *Fremdenfeindlichkeit* läßt sich feststellen, daß von den Linken (n=467) 87% fremdenfeindliche Statements ablehnen und nur 3% Zustimmung erkennen lassen. Schon in der linken Mitte (n=312) sieht das etwas anders aus. 75% lehnen sie ab, 6% stimmen ihnen zu. Unter denen, die sich für rechts halten (n=47), antworten 60% fremdenfeindlich, 11% lehnen die entsprechenden Statements ab.

Die bivariate Analyse ergibt also, daß von links nach rechts die Zustimmung zu nationalistischen und fremdenfeindlichen Vorgaben linear zunimmt. Diejenigen, die sich politisch in der Mitte sehen, wählen auf den Skalen mittlere Werte, nehmen also eine eher unentschiedene Position ein. Das gleiche gilt für diejenigen, die angeben, nicht beurteilen zu können, wo sie sich auf der Links-rechts-Achse befinden. Im Vergleich der drei Dimensionen fällt dieser Zusammenhang am wenigsten deutlich in den Antworten auf Vorgaben aus, die auf das Verständnis von *Demokratieprinzipien* zielen. Von denjenigen, die sich als rechts bezeichnen (n=45), befürworten 64% die Vorgaben, nur 4% lehnen sie ab. Zwischen denen,

die sich in der Mitte des politischen Spektrums (n=184), und denen, die sich in der rechten Mitte sehen (n=180), gibt es keinen relevanten Unterschied. Beide Male fällt die Befürwortung mit jeweils knapp 40% ähnlich hoch aus. Von der politischen Mitte aus nach rechts ist also die Unterstützung für demokratische Prinzipien insgesamt sehr schwach (Mitte: 18%; rechte Mitte: 15%; Rechte: 4%).

57% der Linken (zusammengefasst Werte 1 und 2, n=474, 37% der Befragten) lehnen die Vorgaben ab und lassen damit eine Unterstützung demokratischer Prinzipien erkennen. Die 8% der Linken, die den Vorgaben zustimmen und die weiteren 35%, die unentschieden antworten, geben durch ihre Antworten Hinweise auf ein geringes Verständnis von oder eine geringe Orientierung an demokratischen Prinzipien. Unter denen, die zur linken Mitte zählen (n=310), lassen nur 42%, also nicht einmal mehr die Mehrheit, eine positive Haltung gegenüber Demokratieprinzipien erkennen. 15% haben ihnen gegenüber ein distanzierendes Verhältnis. Die Zahl der zustimmenden Antworten zu den Vorgaben von Seiten der Linken kann als erstaunlich hoch gewertet werden, denn die Unterstützung von Streik- und Demonstrationsrecht, die Ablehnung von Allgemeinwohl und die besondere Bedeutung der Opposition sind traditionell Merkmale linker politischer Positionen. In dieses Bild fügt sich ein, daß 49% der Linken dem Statement zustimmen, wonach sich die Deutschen wieder am Gemeinwohl statt an Interessen einzelner Gruppen orientieren sollten - also einem Statement, in dem die Möglichkeit zur Artikulation von besonderen Interessen im Namen eines nationalen, nämlich auf die Deutschen beschränkten Gemeinwohls moralisch eingeschränkt wird.

Für eine linke Selbstdefinition hat die Abgrenzung von spezifisch rechten Ideologemen wie Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit eine größere Bedeutung als die Ablehnung von undemokratischen Vorgaben, in denen im Namen von Allgemeinwohl und Regierbarkeit grundlegende Rechte der Entfaltung von Interessengegensätzen und -artikulation bestritten werden, Rechte, die historisch von sozialen Bewegungen erkämpft wurden. Dieser Umstand einer vergleichsweise geringen Unterstützung für Demokratieprinzipien gibt Anlaß, dem Verhältnis zur Demokratie noch etwas genauer nachzugehen (vgl. Tabelle 2). Es soll überprüft werden, wie das Verhältnis zur Realisierung zu demokratischen Normen ist. Intern ist Demokratie mit Optimierungserwartungen verknüpft, wonach Normen wie Gleichheit, Freiheit oder Solidarität tatsächlich für alle realisiert werden sollten. Insbesondere die Gleichheitsnorm war über viele Jahrzehnte bestimmend für ein linkes Politikverständnis, denn sie gibt Freiheit die spezifische Bedeutung der gleichen Teilnahme und Teilhabe aller an den gesellschaftlichen Entscheidungen, Gütern und Lebenschancen. Als ein nicht institutionalisiertes Mittel der Normrealisierung wird der zivile Ungehorsam betrachtet, der

seinerseits intern mit der Gleichheitsnorm verknüpft ist, insofern sich AktivbürgerInnen durch offen angekündigte Aktionen kalkulierter Rechtsverletzung an die Öffentlichkeit wenden, um auf diese Weise eine getroffene politische Entscheidung erneut zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen. An der öffentlichen Diskussion sollen alle mit ihren jeweiligen Interessen gleichberechtigt teilnehmen können.

Ein Statement, das den durch die Gleichheitsnorm programmierten sozialen Fortschritt für gescheitert erklärt - »Politik zur Abschaffung sozialer Unterschiede ist zum Scheitern verurteilt« -, wird von 50% der Befragten, aber von 67% der Linken abgelehnt. Den Wert der Solidarität bewerten 71% der Studierenden als wichtig für ihr Leben, aber 85% der Linken - und dies in einer besonders intensiven Form. Die Linken stimmen auch der Befürchtung, daß der gegenseitige Wettbewerb die Solidarität der Menschen zerstöre, mit 69% häufiger zu als der Durchschnitt (54%).

Die Statements von Tabelle 3, die in den einzelnen Dimensionen faktoranalytisch eng zusammenhängen, präzisieren das Gleichheits- und Solidarverständnis der Studierenden. Die Befürwortung der Vorgaben in diesen beiden Dimensionen fällt unter der Gesamtheit der Befragten hoch aus. Unter den Linken ist sie besonders ausgeprägt. Linear nimmt die Unterstützung von links nach rechts kontinuierlich ab. So stimmen die sehr Linken (Wert 1 auf der 7stufigen Skala) zu 93% für die sozialstaatlichen Konselemente und zu 98% für die Realisierung demokratischer Normen. In der linken Mitte (Wert 3) sinken die entsprechenden Anteile auf 72% und 88%, unter den Studierenden der rechten Mitte (Wert 4) befinden sich die positiv Antwortenden mit Werten von 26% für den Sozialstaat schon deutlich in der Minderheit, während sie im Fall der Realisierung demokratischer Normen mit 54% noch eine leichte Mehrheit haben. Die Gleichheits- und die Solidarnorm wie auch die Ausgestaltungen dieser Normen sind also unter den Linken deutlich stärker ausgeprägt als unter denen, die sich in der Mitte oder rechts davon sehen.

Die Unterstützung der Gleichheitsnorm schließt auch eine selbstverständliche Offenheit für unkonventionelle sexuelle Orientierungen und Lebensformen ein. Es läßt sich allerdings feststellen, daß die Gruppe der Linken unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten einige Besonderheiten aufweist. So zeigt Tabelle 2, die die Antworten auf alle Vorgaben von Tabelle 1 typologisierend zusammenfasst, daß Frauen demokratischer antworten als Männer. Aus dem Mittelwertvergleich ergibt sich außerdem, daß die Frauen im gesamten politischen Spektrum etwas stärker nach links neigen. Für die Beseitigung des Abtreibungsverbots sprechen sich die linken Frauen mehr noch in der Intensität als im Volumen entschiedener aus als ihre linken Kommilitonen (72% der Frauen wählen Wert 7, aber nur 55% der Männer, im Volumen kommen die linken Frauen auf 88%, die linken

Männer auf 85%). Für die Bewahrung der Familie in ihrer herkömmlichen Form sind die linken Männer zu 29%, die linken Frauen aber nur zu 23%. Auf die Frage, ob Feministinnen Personen sind, die ihnen sympathisch oder unsympathisch sind, fällt die Sympathiebekundung unter den Linken mit 41% zwar höher aus als bei allen anderen politischen Positionen, ist aber doch niedrig, wenn bedacht wird, daß es sich bei Feministinnen um eine Personengruppe handelt, die eine der zentralen Auseinandersetzungen um Emanzipation führt. Die linken Männer liegen mit 30% deutlich unter, die linken Frauen mit 51% über dem genannten Durchschnittswert. Die Gruppe der Linken ist also quantitativ wie qualitativ in besonderem Maße von den Frauen geprägt. Sie sind konsequenter in ihren demokratischen, egalitären und sozialen Ansichten, und das Spektrum ihrer Positionen ist breiter als das der Männer.

In einem Zwischenresümee läßt sich bereits sagen, daß die linken Studierenden relativ eindeutig bestimmte Ziele äußern. Sie unterstützen den Sozialstaat und treten für eine weitere Realisierung von demokratischen Normen ein. Für ihr Selbstverständnis ist eine antinationalistische und anti-rassistische Haltung bestimmend. Ein kleiner Teil der Linken ist auch bereit, sich für Alternativen zu den bestehenden gesellschaftlichen Formen auszusprechen. Die Metapher links und die Intensität der Selbstzurechnung ist also außerordentlich aussagekräftig für ein spezifisches Bündel von Orientierungen der Befragten.

In den Begriffen von Ulrich Beck formuliert, ließe sich sagen, daß die Metapher links eine offene Haltung gegenüber dem Fremden bezeichnet. Die Gesellschaft gilt als veränderbar. Dennoch ist eine gewisse Stabilitätsorientierung vorhanden. Auf drei statistisch zusammenhängende Vorgaben, die eine solche anzeigen, nämlich daß ein sicherer Arbeitsplatz angestrebt wird, eine stabile soziale Ordnung und gute Umgangsformen als für das eigene Leben wichtige Werte betrachtet werden, antworten 67% der Linken positiv. Dieser Wert ist bemerkenswert hoch, auch wenn er im Unterschied zu allen anderen politischen Positionen unterdurchschnittlich ausfällt. Der Umgang mit Ungewißheit - wenn Ungewißheit der Gegenbegriff zu Stabilität ist - findet sich also eingeschränkt, aber noch am ehesten unter den Linken. Bestätigt wird dies auch durch Antworten auf Vorgaben, in denen der Verfall von Werten, die Zerstörung von Bindungen an die Gemeinschaft durch zu viele Freiheiten, der Verlust an Heimatgefühl beklagt und die Erhaltung überlieferter Sitten und Traditionen gefordert wird. Diesen vier gleichfalls zusammenhängenden Vorgaben wird von 19% der Linken zugestimmt (16% der linken Männer, 21% der linken Frauen; Durchschnitt 31%).

Das Verständnis von links ist eher konventionell, insofern es im wesentlichen gleichheits- und sozial orientiert ist. Doch hat es sich insbesondere

unter den Linken um das Thema der Ökologie erweitert, wie die angeführten Antworten zeigen. Dies wird noch deutlicher, wenn die Antworten auf entsprechende Vorgaben betrachtet werden. In allen Untersuchungen zu politischen Orientierungen unter Studierenden in den vergangenen Jahren spielt das Ökologiethema eine herausragende Rolle. Dies gilt auch für die von uns Befragten. Sind insgesamt 78% aller Studierenden für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, dann gilt dies in besonderem Maße für die Linken, die sich zu 93% dafür aussprechen und dies auch entschiedener tun als diejenigen mit anderer politischer Position. Entsprechend hat für sie (93%) eine ökologisch bewußte Handlungsweise als Wert ihres persönlichen Lebens eine noch etwas größere Bedeutung als für den Durchschnitt (89%). Eine der möglichen Konsequenzen, nämlich Veränderungen des eigenen Verbraucherverhaltens, sind sie eher bereit zu tragen als die meisten Studierenden. Während die Linken dem politischen Ziel einer drastischen Erhöhung der Benzinpreise aus ökologischen Gründen zu 69% zustimmen, gilt dies im Durchschnitt nur für 52%.

In der bisherigen Darstellung wurde eines der wichtigen Themen der Linken, nämlich die Kritik an den Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung nicht oder nur indirekt erwähnt. 40% der Befragten sehen sich durch die Unkontrollierbarkeit unternehmerischer Entscheidungen bedroht, die Linken aber zu 56%. Für das politische Ziel der Sicherung der freien Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums sind 55% aller Befragten, nur 25% lehnen dieses Ziel ab. Die Linken sprechen sich mit 46% deutlich häufiger gegen dieses Ziel aus; allerdings sind auch 32% dafür. Diese relativ hohe Zustimmung zur freien Marktwirtschaft und das private Unternehmertum weist darauf hin, daß die Linken in ihrem Verhältnis zur Kapitalismuskritik - die eigentlich das Zentrum ihrer politischen Position sein sollte - ziemlich unsicher sind. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft und das Ziel der Sicherung der Marktwirtschaft wird offensichtlich nur von einem Teil der Linken (43%) als Zielkonflikt empfunden. Noch immerhin 30% können es mit ihrer politischen Selbstcharakterisierung als Linke verbinden, sowohl für den ökologischen Umbau wie für die Sicherung der Marktwirtschaft zu sein. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn sich 47% der Linken für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aussprechen (Durchschnitt: 67%), sich ein Viertel unentschieden äußert und nur 28% ein solches Ziel ablehnen. Diese im Vergleich zu den anderen politischen Positionen zwar niedrigste, aber insgesamt doch erstaunlich hohe Zustimmung zu der neoliberalen und hegemonialen Definition der politisch-ökonomischen Situation geht unter den Linken allerdings vor allem auf diejenigen zurück, die auf der Linksrechts-Achse den Wert 2 wählen. Diejenigen, die sich als sehr links betrachten (Wert 1), entscheiden sich in erheblich größerem Maße gegen das

Statement (45% dagegen, 26% dafür). Unter der von uns zusammengefassten Kategorie der Linken gibt es also erhebliche Differenzen im Maß der Unterstützung dominanter Ideologeme. Die verbreitete marktliberale Position unter den Linken hat auch Auswirkungen auf das individuelle Selbstverhältnis diesen für notwendig gehaltenen ökonomischen Prozessen gegenüber. Insgesamt stimmen 60% der Befragten dem Statement zu, daß sich WissenschaftlerInnen mit ihrer Arbeit für die Sicherung des Industriestandortes Deutschland einsetzen sollten. Die Zustimmung der Linken fällt niedriger aus als bei denen, die eine andere politische Position einnehmen, ist mit 42% aber immer noch sehr hoch. Eine deutliche Ablehnung wird nur von 16% ausgesprochen. Das Standortideologem des »nationalen Wettbewerbsstaats« findet eine konsensuelle Basis also bis weit in die Gruppe linker Studierender hinein. Da diese überdurchschnittlich häufig Sozialwissenschaften studieren, ist anzunehmen, daß die Verallgemeinerung einer kritischen Gegenposition auf erhebliche zivilgesellschaftliche Hindernisse stößt.

Die Kritikperspektive, so deutlich sie in der Tendenz unter den Linken zu erkennen ist, weist insgesamt eine gewisse Inkohärenz aus. Sie ist als Position sehr stark ausgeprägt in der Kritik an bestimmten Phänomenen wie Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und ökologischer Zerstörung. Der Zusammenhang dieser gesellschaftlichen Vorgänge mit ökonomischen wie politischen Verhältnissen wird aber in deutlich geringerem Maße gesehen und zum Gegenstand von Kritik gemacht.

Eine radikale Form der gesellschaftlichen Selbstgestaltung wird nur von einer kleineren Gruppe der Linken favorisiert, wie die Antworten auf entsprechende Vorgaben zeigen (vgl. Tab. 3). Von den sehr Linken (Wert 1) werden sie zu 53% unterstützt, das sind 4% aller Befragten. Bei allen anderen Linken liegen die Werte aber deutlich darunter. Linke (Wert 2) äußern sich zu 24% (= 7% aller Befragten), Studierende der linken Mitte (Wert 3) nur zu 14% positiv (= 3% aller Befragten). Insgesamt befürworten 16% der Befragten eine Demokratisierung außerhalb bestehender politischer Institutionen. Bei den meisten Linken überwiegt die Orientierung an den gegebenen Normen und Institutionen. 67% der Linken stimmen der Vorgabe zu, daß unsere demokratische Verfassung sicherlich ihre Schwächen habe, sie jedoch, verglichen mit allen anderen, immer noch die beste politische Ordnung sei. Allerdings sind die Erwartungen an Reformen sehr groß. Auf unsere Frage, welche der angebotenen Alternativen zur Lösung für die Bewältigung heutiger politischer Probleme sie für die beste halten, findet unter den Linken die Bürgerbeteiligung (87%; Durchschnitt: 76%) die größte Zustimmung, gefolgt von Volksentscheiden (69%; Durchschnitt: 60%), einer Parteienreform (63%; Durchschnitt: 57%), direkter Demokratie (62%; Durchschnitt: 47%) und der stärkeren Entscheidungskompetenz

für Fachleute (55%; Durchschnitt: 64%). Ein von Wahlen unabhängiges Mitentscheidungs-gremium aus bedeutenden Vertretern des öffentlichen Lebens befürworten 40% der Linken (Durchschnitt: 37%). Eine weitere Form der Partizipation, nämlich die betriebliche Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen, wird von 72% der Linken (Durchschnitt: 51%) gutgeheißen. Interessant an diesen Werten ist, daß sie alle unterhalb des sehr hohen Niveaus der Antworten in der Dimension der Realisierung der Gleichheitsnorm liegen (93%). Zwischen der normativen Zielsetzung und der konkreten gesellschaftspolitischen Erwartung besteht also eine erhebliche Spannung.

Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung findet also unter den Linken eine starke Unterstützung. Auch Formen der direkten Demokratie werden von ihnen überdurchschnittlich häufig befürwortet. Gleichzeitig findet sich aber auch eine beachtliche Wertschätzung der politischen Mitwirkungsrechte von Experten. Dies macht auch das Antwortverhalten auf ein weiteres Statement deutlich. Die Vorgabe, daß es besser wäre, wenn unabhängige Experten bei politischen Entscheidungen mehr Einfluß hätten - eine Vorgabe, die sich durchaus in die populistische Kritik an demokratischen Verfahren einfügt -, wird von insgesamt 69% der Befragten befürwortet. Die Linken unterscheiden sich mit 66% in dieser Hinsicht kaum vom Durchschnitt. Die Unterstützung politischer Entscheidungskompetenzen von Fachleuten muß nicht, kann jedoch zu einer demokratischen Orientierung im Widerspruch stehen. Es ist einerseits ein Topos im Selbstverständnis der Linken gewesen, wissenschaftlichen Argumenten gegen Ideologie ein politisches Gewicht zu verleihen, und dies um so mehr, wie Wissenschaft selbst als ein wesentlicher Faktor in der Gestaltung von Produktion und Gesellschaft betrachtet wurde. Mit der Wertschätzung von Wahrheit verbindet sich allerdings häufig auch eine vorpolitische und nicht immer demokratische Erwartungshaltung gegenüber wissenschaftlichen Argumenten und dem Führungsanspruch von Experten und Eliteangehörigen. So lehnen die Linken zwar deutlich häufiger als die Vertreter anderer politischer Positionen die Ansicht ab, daß zu einer funktionierenden Demokratie eine starke Führungselite gehört. Doch immerhin 20% lassen aufgrund ihrer Antworten eine elitäre Tendenz erkennen. Fast die Hälfte der Linken (48%; Durchschnitt: 61%) nimmt für sich in Anspruch, selbst zukünftig Führungsaufgaben wahrzunehmen. Die Stärkung der politischen oder staatlichen Entscheidungskompetenzen wird von den Linken offensichtlich dann stärker unterstützt, wenn es um ökologische Problemlagen geht, während sie dies im Fall ökonomischer Handlungskompetenz für weniger wichtig halten. Auf die Vorgabe, daß zur Bewältigung der ökologischen Krise entschiedene staatliche Maßnahmen notwendig seien, antworten 88% der Befragten positiv, aber 95% der Linken. Demgegenüber findet das

Statement »Die Erhaltung und Sicherung einer stabilen Wirtschaft verlangt einen starken Staat« überdurchschnittliche Zustimmung eher in der Mitte und rechts davon. Immerhin sind auch 29% der Linken dafür (Durchschnitt 42%). Diese relativ starke Ausrichtung des politischen Entscheidungs- und Handlungsprozesses an Eliten und staatlichen Institutionen im Falle ihnen sympathischer Issues sowie die Befürwortung marktwirtschaftlicher Mechanismen legen es nahe, sich das Verhältnis der Linken zum politischen Handeln selbst noch näher anzusehen.

Von den von uns befragten Studierenden geben auf die Frage, ob sie politikverdrossen seien, 29% an, ziemlich und sehr politikverdrossen, weitere 45%, dies zum Teil zu sein. Betrachten wir die 29% der deutlich Politikverdrossenen unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Position, so sind die Linken durchschnittlich politikverdrossen. Ihr allgemeinpolitisches Interesse ist intensiver als das der anderen politischen Positionen. Stärker ausgeprägt ist auch das Interesse an studentischer und Hochschulpolitik. Entsprechend finden sich unter den Linken die vergleichsweise häufigsten Nennungen auf Fragen nach politischen Aktivitäten. 10% von ihnen geben an, regelmäßig oder unregelmäßig in politischen Studentengruppen aktiv zu sein (Durchschnitt: 6%). Für die Tätigkeit in Fachschaften gilt dies für 18% der Linken (Durchschnitt: 13%). In Parteien sind 7% der Linken regelmäßig und gelegentlich aktiv (Durchschnitt: 7%), in Bürgerinitiativen 16% (Durchschnitt: 10%). Besonders gering sind Aktivitäten in Institutionen der studentischen Selbstverwaltung, also Studierendenparlamenten und ASten. Von den Linken beteiligen sich 3% (Durchschnitt: 2%). Die Linken engagieren sich also in selbständig organisierten politischen Gruppen und im Rahmen studentischer Politik deutlich häufiger als der Durchschnitt der Studierenden. Doch bleibt das Engagement selbst noch erheblich unter dem Niveau, das aufgrund der sehr viel stärkeren Befürwortung von politischer Partizipation und direkter Demokratie zu erwarten wäre.

Auf die Frage, welche persönlichen Eindrücke zu der Konsequenz geführt haben, sich nicht mehr zu engagieren, wird am häufigsten geantwortet: keine Zeit (32% aller Angaben). Es folgen Resignation (20%), Desinteresse (14%), zu komplexe Verhältnisse beziehungsweise Unübersichtlichkeit (7%), unklare Ziele der Gruppen (7%). Das Zeitargument ist in seiner Bedeutung schwer einzuschätzen. Es kann sein, daß der zeitliche Rhythmus des Studienalltags durch Leistungsdruck, Erwerbstätigkeit, Fahrtzeiten enorm verdichtet ist.<sup>4</sup> Doch der Hinweis auf die fehlende Zeit kann auch ein vorgeschobenes Argument sein, denn über Zeitmangel läßt sich

4 Durchschnittlich werden 32 Stunden pro Woche für Studium, 14 Stunden für Jobs und 4,5 Stunden für Politik aufgewandt, weitere Aktivitäten wie Sport nehmen 8 Stunden in Anspruch. 15% jobben mehr als 20 Stunden pro Woche, ein weiteres Drittel zwischen 10 und 20 Stunden.

schlechter diskutieren als über die Prioritäten, die im wesentlichen darüber entscheiden, für welche Tätigkeiten die Zeit verwendet wird. Die Linken verwenden das Zeitargument weniger häufig als der Durchschnitt. Überdurchschnittlich häufig nennen sie Resignation, die hohe Komplexität der Gesellschaft und Bequemlichkeit. Die resignative Tendenz in der Linken geht einher mit einer deutlichen Tendenz zu einer pessimistischen Sicht der Zukunft. Häufiger als der Durchschnitt geben sie nämlich an, die gesellschaftliche (Durchschnitt: 45%, Linke: 61%) wie die eigene Zukunft (Durchschnitt: 9%, Linke: 12%) düster zu beurteilen. Diese Antworten vermitteln den Eindruck, daß die Linken ihr politisches Selbstverhältnis vor allem durch einen Lebensstil und - begünstigt durch eine dominante Strömung moralisierender Theoriebildung in der linken Intelligenz - eine moralische Haltung bestimmen und weniger durch eine Form intellektueller Anstrengung, die ihnen mit avancierten Mitteln der theoretischen Analyse hilft, die Prozesse der komplexen kapitalistischen Gesellschaft intellektuell zu begreifen und die Ansatzpunkte ihrer Veränderung herauszuarbeiten. Das auch unter Linken verbreitete Gefühl, daß die politischen Probleme so kompliziert sind, daß man sich nur schwer ein Urteil darüber bilden kann (40% der Linken stimmen einem entsprechenden Statement zu, Durchschnitt: 45%) und die resignative Haltung dieser Komplexität gegenüber führen schließlich entweder - wie viele der Interviews zeigen - zur Flucht in kleine und unterkomplexe Lösungen (wie z.B. die getrennte Müllsammlung oder das Plädoyer für eine degressive Entzerrung von gesellschaftlichen Zusammenhängen) oder bei einem beachtlichen Teil auch der Linken zu expertokratischen Lösungsvorschlägen.

Die Vielzahl von Antworten bietet ein etwas verwirrendes Bild. Eine modellartige Zusammenfassung zu relativ kohärenten linken Positionen ist mittels einer Clusteranalyse möglich, die wir im Rahmen unserer Untersuchung durchgeführt haben (Demirovic/Paul 1996). Stark typisierend lassen sich unter den Befragten insgesamt acht Meinungsgruppen unterscheiden. Von Bedeutung sind hier vor allem drei linke Gruppen: linke Basisdemokraten (14%), linke Pessimisten (10%) und unsichere Linke (16%). Zusammen mit den optimistischen Linksliberalen (18%) umfassen diese vier linksorientierten Meinungsgruppen die Mehrheit der Studierenden, doch sind sie teilweise sehr unterschiedlich orientiert. In besonderem Maße kohärent ist die Gruppe der Basisdemokraten, die mit hohen Werten antielitäre, antimarktwirtschaftliche, antinationalistische und antixenophobe, ökologische, feministische, demokratische, sozialstaatliche Ansichten vertritt. Sie besteht aus einem besonders großen Anteil von Personen, die sich im politischen Spektrum links sehen. Frauen sind in dieser Gruppe überproportional vertreten. Ihre politischen Präferenzen sind zu 80% sozialistisch, linksalternativ und linksliberal-grün. Weniger politikverdrossen als alle

anderen Meinungsgruppen, besitzt diese Gruppe eine größere Bereitschaft zu politischem Engagement in Bürgerinitiativen, Fachschaften, studentischen Gruppierungen und in der studentischen Selbstverwaltung als jede andere Meinungsgruppe. Nur im Fall der Mitarbeit in Parteien liegt die Gruppe der Rechten (13%) gleichauf (diese Gruppe der Rechten ist auch fast so wenig politikverdrossen und fast so stark allgemeinpolitisch interessiert wie die Basisdemokraten).

Die zweite Meinungsgruppe der pessimistischen Linken, in der gleichfalls überproportional viele Frauen zu finden sind, vertritt in vielen Hinsichten ähnliche Positionen wie die Basisdemokraten, allerdings auf eine deutlich weniger ausgeprägte Weise. Gelegentlich - wie im Fall der Elitenfrage - nähert sie sich dem Durchschnitt. In ihrer politischen Selbstzuordnung auf der Links-rechts-Achse ist sie weniger deutlich links. Die drei von den Basisdemokraten bevorzugten politischen Präferenzen kommen nur auf einen Anteil von 66%; es dominiert nicht die sozialistische, sondern die links-alternative Präferenz. Bemerkenswert an dieser Gruppe ist aber vor allem eine ausgeprägt pessimistische Sicht auf die eigene wie die gesellschaftliche Zukunft (88%; Durchschnitt 46%). Die Antworten auf den Gießen-Test erreichen in der Dimension Depressivität im Vergleich zu allen anderen Meinungsgruppen hohe Werte. Das Bedürfnis nach Stabilität und Sicherheit durch Bindung, Heimat und eine starke politische Führung ist ausgeprägt. Die Politikverdrossenheit ist überdurchschnittlich hoch. Gleichzeitig zeigt diese Gruppe in einem insgesamt nicht ganz so großen Umfang wie die Basisdemokraten, aber doch etwas häufiger als der Durchschnitt die Bereitschaft, sich in Bürgerinitiativen zu engagieren; das Engagement im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung, Fachschaften, studentischen politischen Gruppierungen ist kaum ausgeprägter als beim Durchschnitt - und wird in mancher Hinsicht von der neokonservativen und der rechten Meinungsgruppe übertroffen.

Die dritte Gruppe der unsicheren Linken läßt kein besonderes Maß an Engagement mehr erkennen. Die geschlechtliche Verteilung der Gruppe entspricht etwa dem Durchschnitt. Auf der Links-rechts-Achse werden stärker Werte zur Mitte hin gewählt. 70% haben eine Präferenz für die genannten drei politischen Richtungen, die sozialistische Richtung rückt nun aber an die dritte Stelle. Durchschnittlich politikverdrossen und mit einem leicht überdurchschnittlichen allgemeinpolitischen Interesse, ist die Bereitschaft zum politischen Handeln unterdurchschnittlich. Die Sicht der eigenen Zukunft ist außerordentlich zuversichtlich. Als unsicher kann diese Gruppe der Linken deswegen charakterisiert werden, weil sie Demokratieprinzipien (vgl. Tabelle 1) teilweise gleichgültig oder ablehnend gegenüber steht; auch ist sie außerordentlich stark bereit, Menschen nach ethnozentrischen Stereotypen zu beurteilen. Allerdings hat dies nicht die Konsequenz, auch

fremdenfeindliche oder nationalistische Statements zu befürworten. Die Unterscheidung der drei linken Meinungsgruppen betont noch einmal das Ergebnis der zahlreichen Einzelbefunde, daß nämlich die Linke intern durch erhebliche Differenzen in den Orientierungen bestimmt ist. Von den pessimistischen und unsicheren Linken heben sich durch die Intensität und Dichte der Verknüpfung ihrer gesellschaftspolitischen Positionen die linken BasisdemokratInnen als eine besonders konsequente Gruppe ab. Gerade diese Konsequenz in ihren Ansichten, die auch Kapitalismuskritik wie das Moment von Praxis einschließt, führt zu der relativ deutlichen Distanz von den anderen linken Meinungsgruppen.

### **3. Die Krise der Linken**

Die Darstellung von Antwortmustern auf zahlreiche Fragen zeigt, daß die Metapher links unter Studierenden einen ziemlich genauen Hinweis auf eine bestimmte Konfiguration von gesellschaftspolitischen Positionen gibt. Diejenigen, die sich am deutlichsten auf der Links-rechts-Achse links sehen, verbinden damit auch am entschiedensten Gesellschaftskritik und Optionen auf eine entsprechende Veränderung. Die empirische Brauchbarkeit von links und rechts mag eher für Studierende gelten als für die Gesamtbevölkerung, und unter Studierenden stärker für Linke als für Rechte, die sich trotz ihrer häufig dem Rechtsextremismus durchaus nahestehenden Ansichten im Vergleich zur Bevölkerung in der rechten Mitte sehen. Auch wenn die Metapher links ungenau sein mag, mißt sie: »Obwohl die beiden Begriffe [links und rechts] mit aller gebotenen Vorsicht gebraucht werden, bestätigen die Umfragen dennoch die ständig wirkende und diskriminierende Präsenz der Dyade« (Bobbio 1994, 52). Wird also, wie im ersten Abschnitt dargestellt, die Ansicht vertreten, die Links-rechts-Topik sei aufgrund tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche unbrauchbar geworden, dann muß erklärt werden, wieso sie doch so deutliche Differenzierungen der gesellschaftspolitischen Positionen anzeigt. Wenn allerdings im Anschluß an die vorgetragenen empirischen Beobachtungen die Schlußfolgerung erlaubt ist, daß die Metapher links aussagekräftig ist und eine vergleichsweise stabile, mentalitäten- und politikbestimmende Konvention bezeichnet, dann muß gleichwohl bedacht werden, daß immer wieder behauptet wird, die Metapher sei in eine Krise geraten und stelle nicht mehr die Achse dar, entlang der gesellschaftliche Probleme angemessen politisch codiert werden können. Soll nicht von vornherein ideologiekritisch unterstellt werden, daß die Rede von der Krise der Metapher links kaum mehr ist als eine performative Handlung einer bestimmten Kategorie von Intellektuellen, die ein Tabu über das Wort verhängen möchten, um die Sache, die es meint, zu beseitigen, dann stellt sich die Frage, ob die theoretische

These doch etwas trifft, was den empirischen Feststellungen entgeht, sich also theoretische und empirische Argumente nicht auf einer Ebene treffen. Denn es ist keineswegs strittig, daß die Linke in der Krise ist (Altvater 1996, 193). Soll aber auch in die andere Richtung nicht mit einem generalisierten Ideologieverdacht argumentiert werden, demzufolge die Metapher links schlicht überholt ist, sondern näher am Material der empirischen Antworten, dann stellt sich die Frage, ob es soziale Vorgänge gibt, die sowohl die theoretische wie die empirische Aussage ermöglichen.

Die Krise der Linken und der Metapher links hängt mit Prozessen zusammen, die in den Antworten direkt und indirekt angesprochen sind. Es handelt sich um eine Krise der Repräsentation und eine Verschiebung der politischen Parameter. Nicht die moderne Staatlichkeit ist in der Krise, nicht die Trennung von Politischem und Ökonomischem, jedoch ihre Artikulation und die konkrete Staatsform des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiß (Jessop 1995). Das Politische muß also nicht neu erfunden werden, es ist seit der Französischen Revolution mehr oder weniger intakt und insofern auch die Logik der Links-rechts-Topik, die zur symbolischen Ordnung moderner Politik gehört. Doch in der Krise der Repräsentation verliert die Metapher links in gewissem Umfang ihre artikulatorische Kraft.

Gerade ihre Ungenauigkeit ist sowohl ihre Stärke wie ihre Schwäche. Die Metapher links läßt sich ebenso wie rechts als ein Signifikant betrachten. In einem komplexen ideologischen Prozeß wurden diese Signifikanten in der Vergangenheit von unterschiedlichen politischen Kräften mit zahlreichen konkreten Sinnelementen und Handlungsorientierungen aufgeladen und angereichert. Die räumliche Metapher links verdichtete in der Bundesrepublik während eines Zeitraums zwischen 1965 und 1985 zahlreiche und teilweise sehr unterschiedliche politische Ziele, Aktionsformen und Richtungen von linkssozialistischen bis zu liberalen Strömungen und konstruierte einen Antagonismus. Dieser Prozeß der Verdichtung zahlreicher Konfliktelemente in einem einzigen Signifikanten läßt sich als Hegemonie bezeichnen (Laclau/Mouffe 1985).<sup>5</sup> Charakteristisch für diese Phase waren solche Bezeichnungen wie Neue Linke, undogmatische Linke und die Tatsache, daß eine der vielgelesenen Zeitschriften der 70er Jahre einfach nur »links« hieß. Aufgrund dieser Hegemonie konnte links über lange Zeit ein parteiübergreifendes, transversales Projekt bezeichnen. Doch gerade die

---

5 In seinen politischen Analysen kommt Marx immer wieder darauf zu sprechen, wie sich der politische Prozeß als ein Prozeß der Anreicherung von Bedeutungen verstehen läßt. So wird Louis Bonaparte in einer kritischen Semiologie der politischen Bühne als universeller Bedeutungsträger für mehrere Klassen der französischen Gesellschaft interpretiert (MEW 7, 45). Die Französische Revolution wird von Marx als der politische Prozeß schlechthin, nämlich als die Konstruktion von Sinn, von Handlungsorientierung begriffen (vgl. MEW 1, 388f; MEW 3, 40 und 48).

konjunkturelle Fähigkeit des Signifikanten links, vielfältige Bedeutungen zu verdichten und zu mobilisieren, wird in der Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaats und des ihn tragenden Kompromisses schwächer, so daß die Bedeutungselemente sich desartikulieren und ihre jeweilige handlungsmotivierende Energie sich nicht mehr wechselseitig verstärkt. Es kommt zu ambivalenten Subjektpositionen, die nicht mehr in einer Zielsetzung zusammengeführt werden können. Tatsächlich haben sich der (Neo)Liberalismus ebenso wie die Rechte als lernfähig erwiesen und Gesichtspunkte der Linken absorbiert und transformiert (Nussbaum 1996; Benoist 1984) - und gleichzeitig die Metapher in ihrer verallgemeinernden und idealisierenden Bedeutung desartikuliert. Die Linke gilt (sich selbst) nicht als Partei des weltgesellschaftlichen und - im emphatischen Sinne verstanden - geschichtlichen Fortschritts und der Durchsetzung individueller Freiheit, sondern als ein Hindernis, als bloße Verteidigerin vergangener Erfolge der emanzipatorischen Sozialbewegungen. Diese nicht nur negativ zu bewertende Beharrlichkeit zeichnet sich auch in den Antworten der befragten Studierenden vor allem in drei Hinsichten ab. Die Linken unter ihnen sind auf traditionelle Weise gleichheitsorientiert und nehmen die in der Tradition von Marx und des westlichen Marxismus ausgearbeitete Kritik an der Gleichheit und das emanzipatorische Potential der Differenz nicht ausreichend auf; der Feminismus hat ein relativ geringeres Gewicht vor allem unter den männlichen Linken; schließlich orientieren sich die Linken in einem beachtlichen Maße an Kategorien des Gemeinwohls und lassen damit ein demokratisches Defizit erkennen, das durch eine gewisse Neigung zu expertokratischen Lösungen verstärkt wird. Als besonders bedeutsam kann aber gelten, daß die Kritiken an Umweltzerstörung, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Abbau des Sozialstaats von der begrifflichen Kritik des gesellschaftlichen Gesamtprozesses als einem kapitalistisch organisierten weitgehend getrennt sind und Praxis eine geringe Bedeutung in der Weltansicht der Linken innehat.

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1977): Fortschritt, in: ders.: *Gesammelte Schriften* 10.1, Frankfurt/M.
- Altwater, Elmar (1996): Am Ende eines politischen Zyklus, mitten in einem großen Bruch, in: Pietro Ingrao/Rossana Rossanda, *Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken*, Hamburg.
- Bargel, Tino (1994): *Student und Politik im vereinten Deutschland*, hg. v. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Reihe Bildung - Wissenschaft - Aktuell 11/93, Bonn.
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt/Main.
- Benoist, Alain de (1985): *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld.
- Brämer, Rainer (1993): Studis im Vakuum. Empirische Befunde zum politischen Rückzug der studentischen Jugend, in: *WSI Mitteilungen* 4.
- Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin.

- Demirovic, Alex (1991): Die Konstitution der Neuen Linken als Erneuerung der Links-Rechts-Topik, in: *kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie*, Nr. 26.
- Demirovic, Alex; Paul, Gerd (1996): *Demokratisches Selbstverständnis und Herausforderung von rechts*, Frankfurt/New York.
- Dubiel, Helmut (1994): Was, bitte, ist heute noch links?, in: *Die Zeit* 18. März 1994.
- Falter, Jürgen W.; Schumann, Siegfried (1992): Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): *Die EG-Staaten im Vergleich*, Opladen.
- Giddens, Anthony (1995): *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, Cambridge.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.) (1994): *Jugend und Demokratie in Deutschland. DJJ-Jugendsurvey 1*, Opladen.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme*, München.
- Jessop, Bob (1995): Die Zukunft des Nationalstaats: Erosion oder Reorganisation? - Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, *Studie Nr. 5: Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven*, Marburg.
- Krause, Christian; Lehnert, Detlef; Scherer, Klaus-Jürgen (1980): *Zwischen Revolution und Resignation. Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft*, Bonn.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus*, Berlin.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony & Socialist Strategy. Towards a radical democratic politics*, London.
- Link, Jürgen (1991): Links/Rechts, Mitte/Extreme - Metamorphosen einer politischen Landschaft; in: *kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie*, Nr. 26.
- Nussbaum, Martha (1996): Die Stimme der Tradition ist männlich. Würde und Selbstachtung: Überlegungen zur feministischen Kritik am Liberalismus, in: *Frankfurter Rundschau* 9. Juli 1996.
- Stöss, Richard, 1989: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik*, Opladen.
- Wildenmann, Rudolf; Kaase, Max (1968): »Die unruhige Generation«. Eine Untersuchung zu *Politik und Demokratie in der Bundesrepublik*, hekt. Forschungsbericht, Mannheim.
- Ziebur, Gilbert (1996): Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke? Eine Problemskizze; in: *PROKLA* 102.

Tabelle 1: Dimensionen politischer Orientierung I: Demokratie, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit (Angaben in Prozent)

	Gesamt	Zustimmung	Ablehnung	Ablehnung Männer	Ablehnung Frauen
Statements zu Demokratieprinzipien (Reliabilitätswert Alpha = 0,51)					
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	N=1353	28	55	54	56
Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.	N=1351	18	65	63	68
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	N=1360	14	71	64	80
Statements zu Nationalismus (Reliabilitätswert Alpha = 0,79)				Zustimmung	Zustimmung
Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den Deutschen	N=1357	28	54	33	22
Stärkung der deutschen Identität	N=1361	14	69	18	9
Die Deutschen sollten mehr Nationalgefühl haben	N=1374	13	74	16	9
Förderung des Nationalstolzes	N=1366	8	82	9	6
Statements zu Fremdenfeindlichkeit (Reliabilitätswert Alpha = 0,79)				Zustimmung	Zustimmung
Kriminelle Ausländer sollte man sofort abschieben.	N=1368	58	29	58	57
Nicht anerkannte Asylbewerber sollte man sofort ausweisen.	N=1369	34	50	41	24
Politisches Ziel: Abwehr von kultureller Überfremdung	N=1354	12	76	14	10
Man sollte keine weiteren Ausländer nach Deutschland kommen lassen.	N=1373	7	82	6	9
Bedrohung durch Ausländer	N=1375	6	85	6	6
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer wieder in die Heimat zurückschicken.	N=1375	4	91	3	4

Tabelle 2: Demokraten und Autoritäre (N=1384) (Angaben in Prozent)

	Durchschnitt	Männer	Frauen	Mittelwert links-rechts	Mittelwert links-rechts Männer	Mittelwert links-rechts Frauen
Entschiedene Demokraten	4	3	6	1,88	1,94	1,84
Demokraten	20	17	23	2,29	2,35	2,24
Tendenzielle Demokraten	21	20	23	3,3	3,52	3,0
Unprofilierter	25	26	25	2,87	2,96	2,74
Für Autoritarismus Anfällige	15	17	12	3,5	3,65	3,18
Tendenziell Autoritäre	11	12	8	4,34	4,43	4,13
Autoritäre	4	5	2	4,91	4,97	4,75

Tabelle 3: Dimensionen politischer Orientierung II: Sozialstaat, Realisierung demokratischer Normen, alternative Demokratievorstellungen (Angaben in Prozent)

	Gesamt	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung Männer	Zustimmung Frauen
Sozialstaatliche Konsenselemente (Reliabilitätswert Alpha = 0,72)					
Bedrohung durch zunehmende soziale Polarisierung	N=1369	59	19	57	62
Politisches Ziel: Mehr Geld für sozial Schwache wie Sozialhilfeempfänger, Obdachlose	N=1366	57	21	50	67
Bedrohung durch Sozialabbau	N=1369	51	28	45	58
Realisierung demokratischer Normen (Reliabilitätswert Alpha = 0,61)					
Politisches Ziel: Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft	N=1365	86	5	81	93
Politisches Ziel: Beseitigung der Diskriminierung sexueller Minderheiten (z.B. Schwule, Lesben)	N=1368	78	10	72	85
Ziviler Ungehorsam, z. B. Platzbesetzungen, Blockaden, ist ein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung	N=1368	60	26	56	66
Alternative Demokratievorstellungen (Reliabilitätswert Alpha = 0,56)					
Wirkliche Demokratie ist nicht Mitbestimmung, sondern selbstbestimmtes Handeln	N=1348	33	45	34	31
Wirkliche Demokratie ist nur außerhalb der bestehenden Institutionen möglich	N=1327	18	51	19	18
Politisches Ziel: Selbstorganisierte Gesellschaft ohne Staat	N=1347	12	79	12	11